

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

117 (13.10.1923)

Behauptungen unrichtig seien. Weder habe ein Empfang beim Reichskanzler stattgefunden, noch habe dieser Instruktionen erteilt. Die Industriellen hätten also auf eigene Faust gehandelt.

Ein schwerer Vorwurf.

Die Führer der Selsenkirchener Freien Gewerkschaften und der Parteivorstand der V. S. P. D. haben in einer Sitzung am Donnerstag die Absendung eines Schreibens an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und die Reichstagsfraktion der V. S. P. D. beschlossen, in dem zunächst an den Maßnahmen der Großindustrie nach Einstellung des Widerstandes scharf Kritik geübt wird. Der Großindustrie wird vorgeworfen, daß sie durch rücksichtslose Einschränkung der Arbeit mit dazu beitrage, ein Chaos herbeizuführen. Dann heißt es weiter: Politische Einsicht müsse die Existenz der Ruhrbevölkerung gesichert bleiben, soll die separatistische Bewegung nicht triumphieren. Dazu kommt die Unsicherheit der politischen Verhältnisse, durch die Kopflosigkeit und Energielosigkeit der Regierung hervorgerufen. Die Regierung beschränkt sich auf klingende Proklamationen, tut jedoch nichts Erfrieliches, um die Reichseinheit durch die Wahrung der Reichsautorität zu verteidigen.

Das Ende der Mark.

Der Devisenmarkt zeigt das chaotische Bild völligen Zusammenbruchs. Wären unsere Nerven durch die bisherige Entwicklung des Marktkurses nicht schon abgestumpft, würde diese Katastrophe in ihrer ganzen Furchtbarkeit stärker auf uns wirken und vielleicht endlich zu energischem Handeln zwingen. Die Mark hat jeden Widerstand gegen den Dollar aufgegeben, sie ist tot. Es ist höchste Zeit, daß man in der Frage einer neuen Währung bald aus dem Stadium des Problematisierens herauskommt. Gewiß haben alle die vorgeschlagenen Lösungen ihre Schattenseiten und Nachteile; aber für die Gesamtheit, Kaufmann wie Arbeiter, kann nichts nachteiliger sein, als daß seine ganze Existenz auf Spekulation beruht; denn Papiermarkbesitz ist Spekulation. Man hat zu viel von der neuen Währung gesprochen, ehe man etwas getan hat; und jedes Wort vom neuen Gelde raubt dem alten Gelde das Vertrauen. Die riesenhafte Kurse, die gestern genannt wurden, sind nur Sprechkurse und dürften nicht ernst genommen werden. Tatsächlich werden sie aber von gewissen Kreisen ernst genommen und lassen die Preise höher schnellen als es durch die Entwicklung gerechtfertigt ist. Dadurch erst bekommen Dollarkurse von dieser phantastischen Höhe die Möglichkeit, verhängnisvoll die ganze Wirtschaft zu beeinflussen und, was in ihr noch gesund ist, zu zertrümmern.

Die Neumark-Währung.

Berlin, 10. Okt. Der Gesetzentwurf über die neue deutsche Uebergangswährung, die sogenannte Neumark, ist inzwischen vom Reichskabinett verabschiedet worden und liegt jetzt dem Reichsrat zur Beschlußfassung vor. Der Entwurf ist in seinen wesentlichen Bestimmungen identisch mit dem Plan, der kürzlich als der von der Regierung bevorzugte der Öffentlichkeit unterbreitet wurde. Es wird darnach eine Währungsbank mit 3200 Millionen Neumark etabliert, die durch Schuldverschreibungen bei der Landwirtschaft der Industrie, dem Handel und dem Gewerbe aufgebracht werden. Als gesetzliches Zahlungsmittel werden dann zu gelten haben: einmal die Neumark, zweitens das letzte Papiergeld das in einem bestimmten Verhältnis gegen die Neumark eingetauscht werden kann. Zur Vermeidung einer Inflation der Neumark ist ausdrücklich festgesetzt, daß die aufgrund der Schuldverschreibungen ausgegebenen Neumarknoten insgesamt keine größere Summe betragen dürfen als das Kapital der Währungsbank.

Der Bankrott des Finanzwesens.

Das ganze Elend der Reichsfinanzen kommt in den Zahlen über die Geldebewegung bei der Reichshauptkasse im letzten Septemberdrittel zum Ausdruck, deren Ergebnis soeben ver-

öffentlicht wird. Es geht daraus die ganze Unfähigkeit in der Finanzpolitik und die durchaus mangelnde Sachkenntnis der leitenden Stellen klar hervor. In den letzten 10 Tagen ist die schwebende Reichsschuld um 39 374 Billionen auf 46 717 Billionen Mark gestiegen, so daß alle Hoffnung auf eine Währungsgegendung geschwunden zu sein scheint. Die Hoffnung, daß nach Einstellung oder Einschränkung der Ruhrausgabe eine Erleichterung eintreten würde, scheint zu trügen. Was man hier streicht, wird dort vermehrt ausgegeben. Die Gehalts- und Lohnzahlungen haben ungeheure Summen verschlungen. Die Einnahmen an Zöllen, Steuern usw. belaufen sich im letzten Monatsdrittel auf 81 Billionen, die blanken Ausgaben auf 29 453 Billionen. Die Verzinsung für die schwebende Schuld erfordert allein 5271 Billionen. Dazu kommen aber noch die ungeheuren Zuschüsse von 9847 Billionen an die Eisenbahn und 764 Billionen an die Post. Das ist die Rehrseite der Behauptung des gewesenen Verkehrsministers Dejer; in Personensachen d. h. Beamtenschaft usw. werde er nicht kleinlich sein. — Von einer Finanzwirtschaft kann demnach eigentlich gar keine Rede mehr sein, wenn, wie aus vorstehenden Zahlen sich ergibt, die Zinsen für die schwebende Schuld allein weit mehr als den 60fachen Betrag der gesamten Einnahmen ausmachen. Von den Schatzamweisungen waren nur 184 Billionen mit mehr als dreimonatiger Laufzeit ausgestattet. Zu beachten ist, daß die stärkste Dollarsteigerung erst nach dem 1. Oktober eingetreten ist, so daß der Ausweis über das erste Oktoberdrittel aller Wahrscheinlichkeit nach auch die vorgenannten Zahlen wieder in den Schatten stellen wird.

Gegen die Zerstörung des Scheckverkehrs durch die Banken.

Der Deutsche Automobilhändlerverband beschäftigt sich auf seiner während der Deutschen Automobil-Ausstellung in Berlin abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung mit der Handhabung des Scheckverkehrs durch die Groß-Banken und faßt folgende Entschlieung: Die außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Automobilhändlerverbandes bringt die schweren volkswirtschaftlichen Bedenken zum Ausdruck, die sie gegen die derzeitige Handhabung des Scheckverkehrs durch die deutschen Banken hat. Es ist eine durch nichts gerechtfertigte und in den wirtschaftlichen Wirkungen verhängnisvolle Ausnutzung der Monopolstellung, die die Banken erlangt haben, wenn sie Schecks den Aussteller zwar am Ausstellungsstage belasten, den Eintreiber aber Schecks auf den Bankplatz erst nach 3 Tagen, solche auf auswärtige Plätze sogar erst nach 8 — 14 Tagen gutschreiben. Die Banken betreiben sich durch dieses Verfahren auf Kosten ihrer Kunden durch Zinsgewinnung und Geldentwertung. Der Deutsche Automobilhändlerverband richtet an die Spitzenverbände von Handel und Industrie, sowie an die Reichsregierung die dringende Aufforderung, auf die Banken im Sinne einer Aenderung des bisherigen Verfahrens nachdrücklich einzuwirken, nötigenfalls im Wege einer Aenderung des Scheckgesetzes, denn andernfalls muß der Scheckverkehr aus dem Wirtschaftsleben überhaupt verschwinden, weil die mit ihm verbundenen Verluste nicht mehr tragbar sind. Eine Auscheidung des Schecks aus dem Zahlungsverkehr würde aber zweifellos die Inflationsschwierigkeiten, unter denen die deutsche Wirtschaft zu leiden hat, noch verschärfen.

Ermäßigung der Kalkpreise.

Berlin, 9. Okt. Die Sechserkommission des Reichskaltrats beschloß in ihrer heutigen Sitzung einstimmig die Ermäßigung der Kalkpreise für die laufende Woche um 2,72 Prozent in Gold mit Wirkung ab 9. ds. Mts. Die Ermäßigung ergab sich daraus, daß in der vergangenen Woche die Steigerung des Dollarkurses verhältnismäßig höher war, als die Steigerung der Löhne und Gehälter. Von erheblicher Bedeutung für die Kalkindustrie ist die mit der Landwirtschaft vereinbarte Aenderung der Zahlungsbedingungen, wonach in Zukunft, ähnlich wie bei der Kohle und anderen Industrien, maßgebend für die Berechnung des zu zahlenden Betrages der Tag des Eingangs des Geldes und nicht mehr, wie bisher, der Zeitpunkt der Lieferung der Industrie sein soll. Hierdurch werden in Zu-

kunft die außerordentlichen Verluste vermieden werden, die der Kalkindustrie durch die bisherigen Zahlungsbedingungen bei schnellfallender Mark entstanden sind. Im übrigen wurde den Wünschen der Landwirtschaft und des Handels in bezug auf einzelne Lieferungsbedingungen vom Kalksyndikat weitgehend entsprochen.

Kein Markenbrot mehr nach dem 15. Oktober.

Berlin, 6. Okt. Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird mitgeteilt: Die Beschlüsse des Reichsrates zu dem Entwurf über die Brotverförgung werden in der Öffentlichkeit zum Teil dahin ausgelegt, als ob die Brotverförgung auf Marken über den 15. Oktober hinaus nun doch wieder eingeföhrt werden soll. Diese Auffassung entspricht nicht den Tatsachen. Nach dem Entwurf der Reichsregierung und der zu ihm gefaßten Beschlüsse des Reichsrates bleibt es dabei, daß die Markenbrotverförgung ab 15. Oktober ihr Ende findet. Damit es jedoch nicht zu Störungen in der Brotverförgung der Bevölkerung kommt, gibt der Entwurf, wie er von der Reichsregierung vorgelegt und vom Reichsrat angenommen worden ist, die Möglichkeit, daß die Reichsgetreidestelle Kommunalverbänden, in denen etwa Schwierigkeiten auftauchen könnten, auf Antrag des Kommunalverbandes Brotgetreide bis zu 150 Gramm täglich für den Kopf der bisher versorgungsberechtigten Bevölkerung erforderlichen Menge hinaus liefert. Den Absatz dieses Getreides und des daraus gemahlenen Mehles wird der Kommunalverband überwachen.

Ein Bund des roten Mitteldeutschland.

Berlin, 8. Okt. Wie die „Montagspost“ aus Leipzig meldet, fand am Sonntag vormittag eine Konferenz des sächsischen Ministeriums mit dem thüringischen Ministerpräsidenten Fröhlich statt, an der auch der Justizminister und Innenminister der Kabinette von Dresden und Weimar teilnahmen. Es handelte sich bei diesen Besprechungen um eine Anhangung der von den Kommunisten in ihren Bedingungen um Regierungseintritt geforderten Allianz der mitteldeutschen Staaten gegen den anwachsenden bayerischen Fasjismus. Als Ergebnis der Konferenz stellt das Blatt fest, daß der von den Kommunisten geforderte Plan gewährleistet werde, d. h. daß zwischen den beiderseitigen Regierungen volle Einigkeit über das Zusammengehen der beiden Staaten bestehe.

Sieg des Radikalismus in der Berliner Sozialdemokratie.

Nach mehrwöchiger Unterbrechung wurde am Sonntag der Bezirksparteitag der Berliner Sozialdemokraten fortgesetzt. Der „Morgenpost“ zufolge sprach für die Mehrheit der soz.-dem. Reichstagsabg. Herj. für die radikale Minderheit Abg. Aufhäuser. Die Anträge, die die Teilnahme der Sozialdemokratie an dem neuen Kabinett billigen, wurden nicht einmal von so vielen Vertretern unterstützt, daß sie nach der Geschäftsordnung zur Abstimmung gestellt werden konnten. Dagegen fanden alle Anträge auf schärfste Mißbilligung der Vorstands- und Fraktionspolitik ausreichende Unterstützung. Zu einer Abstimmung kam es gestern noch nicht. Die Erörterung soll in zwei Wochen zu Ende geführt werden. Auf dem Parteitag wollte die Mehrheit den Bezirksvorstand, der in seiner überwiegenden Mehrheit auf dem Boden der Fraktionspolitik steht, sofort absetzen. Darüber kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen, da eine solche plötzliche Absetzung den Satzungen widersprochen hätte. Man einigte sich schließlich dahin, daß in der nächsten Versammlung die Abstimmung vorgenommen wird. Auch über den Antrag auf Absetzung der Redaktion des „Vorwärts“ wird an diesem Tage die Entscheidung fallen.

Todesstrafe für Landesverrat.

München, 4. Okt. Im „Bayerischen Staatsanzeiger“ liegt jetzt der Wortlaut der Verordnung des Generalkommissars wegen Landesverrat vor. Er lautet: Das in Paragraph 1 der Verordnung vom 11. Mai bezeichnete Verbrechen des Landesverrats wird mit dem Tode bestraft, wenn es nach Verkündung dieser Verordnung begangen wird. Bei mildernden Umständen kann auf lebenslangliches Zuchthaus oder auf zeitliche Zuchthausstrafe von mindestens 5 Jahren erkannt

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Kunkel.

23) Nachdruck verboten. „Ich weiß alles, was du mir sagen willst, sage es mir nicht, ich will nichts mehr hören. Es ist ja doch alles vorbei, vorbei! Aber komm manchmal heraus, ich muß dich manchmal sehen, nur sehen, weiter nichts, das ist mir schon eine große Beruhigung.“ „Du armes, armes Kind.“ „Lachend und scherzend kam die Gesellschaft unter Führung des jungen Forstmannes auf die beiden zu.“ „Hast du nichts gehört, Molly?“ fragte Frau Rechtsanwält Prollius, die ohne ihren Gatten, der erst am Abend vom Hauje wegkam, herausgekommen war. „Sie haben ja Hallo gerufen, wahrscheinlich haben sie das Grab aufgedeckt. Kommt, es ist doch interessant, was sie gefunden haben.“ „Beim Aufdecken von Gräbern, gnädige Frau, findet man nur Tote.“ „Das ist doch natürlich, Herr Doktor.“ „Ja, das ist natürlich.“ Er sah May tief in die Augen, und sie flüsterte ihm leise zu: „Nur Tote. Tote Hoffnungen, tote Wünsche. Und sie hatten sich verstanden.“

6. Kapitel.

Wintersbad war ehemals die Burg eines der gefürchtetsten althessischen Raubritter aus dem Ende des zwölften und Anfang des dreizehnten Jahrhunderts, des Bommersheimers. Der gewaltige Herr vom Stegreif hatte sich mit dem Schelme von Bergen verbunden und lauerte am Main entlang den Frankfurter Kaufleuten auf, die entweder zu Schiff mainabwärts kamen, oder auf der alten Leipziger Straße

mit ihren Warenballen auf Wagen. Der Bommersheimer steckte sein Raubgeschäst auch nicht auf, als die Schelme von Bergen in den kaiserlichen Dienst gezogen worden waren und ihm selbst von dem Freigrafen Gerdimus von Reuchen der Eid der Urfehde mit den Frankfurtern abgenommen war. Der Bommersheimer war eben eine Gemaltnatur und in seinem von weitem Sumpf umgebenen Raubschloß konnte er es wagen, dem Angebot des Freigrafen zu trogen. So brach er einfach den Eid der Urfehde und fiel eines Tages wieder den Frankfurter Pfesferjücken ins Land, griff sogar den zweiten Bürgermeister auf und setzte ihn in Wintersbad gefangen.

In ihrer Not machten es die Frankfurter, wie es seinerzeit die Deutschen gegen die Wenden um Bremmabor gemacht hatten. Sie warteten den Winter ab, und als ein harter Frost den Sumpf zu Eis hatte erstarren lassen, zogen sie dem Herrn vom Stegreif vor die Zugbrücke und berannten seine Mauern.

Der Bommersheimer glaubte, er habe es nur mit den Frankfurtern zu tun, die er durch einen ritterlichen Ausfall tüchtig werde ins Bodshorn jagen können. Darum ließ er von seinem Turmweg das Lied vom Vogel Kreideweiß bläsen, stülpte sich den rostigen Stechhelm auf die dunkeln Locken, kletterte auf seinen gewaltigen Gaul und ritt mit den Seinen über die Zugbrücke den Frankfurtern entgegen. Die wichen zurück, und er sah sich plötzlich den wohlgeschulften Reitern des Freigrafen gegenüber, mit denen es zu hartem Streit kam.

Der Bommersheimer mußte zurück, und im gestreckten Galopp stürzte auf dem hartgefrorenen Sumpf der Gaul.

Zwar stellten sich seine braven Reiter wie eine Mauer um ihn herum, aber sie erlagen der Uebermacht, und der Bommersheimer wurde gefangen. Die Pfesferjücken machten mit ihm kurzen Prozeß und knüpften ihn an die Linde vor dem Eschenheimer Tor auf.

Wintersbad kam nach seinem Tode in die Hände der Schelme von Bergen, von denen eine Tochter im fünfzehnten Jahrhundert einen Löbau heiratete, dem sie das alte Raubneß als Morgengabe zubrachte. Seitdem ist das Schloß im Besitz der Familie geblieben.

Die Sümpfe sind längst trockengelegt, indem man einen See aushob und ihre Wasser dorthin leitete. Ein herrlicher Park, ganz besonders ausgezeichnet durch den reizvollen Wechsel von Wasser und Land umgibt jetzt einen silbollen Barockbau. Im Hintergrund auf einer Anhöhe tief im Grün verborgen finden sich noch die Reste des alten Raubschlosses, die von der Familie Löbau mit besonderer Sorgfalt konserviert werden.

Wintersbad wird vom Wolfgang in etwa zwei Stunden bequem erreicht, und so ist es ja natürlich, daß die beiden einsam wohnenden Familien in freundschaftlichen Verkehr treten. Seit drei Jahren war das Schloß nun vollständig verödet. Es hauste dort niemand, als der alte Obergärtner mit seinen Gehilfen. Die Gräfin war nach dem plötzlichen Tode ihres Gatten abgereist und hatte sich fast drei Jahre lang nicht blicken lassen. Man wunderte sich im allgemeinen darüber, denn man hatte geglaubt, daß zwischen ihr und Ritter Jarle Beziehungen beständen. Aber ihr langes Fortbleiben sprach doch zu sehr gegen diesen Verdacht, so daß er allmählich ganz schwieg. Dazu kam die neuerliche Nachricht, daß sie zurückgekehrt sei, und zwar in Begleitung eines bildschönen jungen Mannes, der nun auf Wintersbad wohnte.

Als Ritter diese Nachricht ins Haus geflattert war, wurde er unruhig. Er lief tagelang im Walde herum, oder ritt auf die entferntesten Förstereien hinaus und erschien zum Schrecken seiner Untergebenen bald da, bald dort, immer in strengen Worten die kleinsten Fehler rügend. Seine Frau beobachtete ihn und sagte sich im stillen, daß in seiner Seele eine neue Leidenschaft gäre, deren Ausbruch in der nächsten Zeit zu

werden. Daneben ist Geldstrafe auszusprechen, deren Höhe unbeschränkt ist.

Gesler im englischen Urteil.

In der englischen Presse findet man eine Beurteilung des Reichswehrministers: „Dr. Gesler, der mit besonderen Vollmachten ausgestattet wurde, wird als Mann, „von Blut und Eisen“ nach dem Herzen des Fürsten Bismarck betrachtet. Er hat die Kabinette Wirth und Cuno überlebt und zeigte während der letzten schwierigen Periode der Kanzlerschaft Cunos bemerkenswerte Energie. Verhältnismäßig jung — er hat das 40. Lebensjahr noch nicht hinter sich — hielt er mit starker Hand anarchisierende Umtriebe in verschiedenen Teilen Deutschlands nieder, Energisch und von ruhiger Entschiedenheit in Auffassung und Haltung wurde er in klarer Erkenntnis der Lage vom Präsidenten Ebert berufen. Als Cuno zurücktrat und Stresemann die Kanzlerschaft antrat, wurde Gesler gegen die leidenschaftliche Opposition der Sozialdemokraten gehalten. Gesler ist ein überzeugter Republikaner der vor dem Krieg fast unbekannt war. Aus der sympathischen Beurteilung der Persönlichkeit des Reichswehrministers spricht deutlich die englische Auffassung, daß Deutschland eine starke und energische Hand benötigt. Wenn der Vergleich Geslers mit Bismarck auch in abgeschwächter Form zu weitgehend erscheint, so erkennt man doch, daß die Grundzüge Bismarckscher Politik von England als das auch heute für Deutschland Gegebene betrachtet werden. Es kann nur gewünscht werden, daß der Reichswehrminister seine Beurteilung in der englischen Presse rechtfertigt.

Die Haltung Rußlands.

Die Berliner russische Zeitung „Na Kanune“ verbreitet einen Auszug aus einer Aufsehen erregenden Äußerung Trozki gegenüber dem amerikanischen Senator King vor dessen Abreise aus Moskau. Trozki hat danach erklärt, die Sowjetregierung wolle vor allem den Frieden. Sie werde keinen einzigen roten Soldaten die Grenze überschreiten lassen, wenn sie nicht durch Gewalt dazu gezwungen werde. Falls aber die deutschen Monarchisten siegen, sich mit der Entente verständigen, und von dieser den Auftrag zur Intervention gegen Sowjetrußland erhalten würden, werde die russische Regierung selbstverständlich kämpfen. Trozki fügte hinzu, daß er nicht an eine solche Möglichkeit glaube. Keineswegs würde sich Rußland in einen deutschen Bürgerkrieg einmischen.

Poincares Sonntag.

Berlin, 8. Okt. Poincare hat auch den letzten Sonntag nicht überleben können, ohne in berühmter Weise bei einer Denkmalenthüllung in Ligny gegen Deutschland zu zeigen und dem immer mehr sich abtupfenden französischen Volke seine Politik als einzige Möglichkeit der Rettung für Frankreich einzuhämmern. Eine besondere Note hat die gestrige Rede gegenüber allen vorangegangenen dadurch erhalten, daß Poincare versuchte, die unerhörten Übergriffe der französischen Soldateska am Separatisten-Sonntag in Düsseldorf zu rechtfertigen. Nach seiner Meinung ist die absolute friedliche Demonstration einiger „Rheinländer“ nur durch den Eingriff der deutschen Ordnungspolizei gestört worden, die von Berlin die Anweisung gehabt haben soll, diese Demonstration, die der Berliner Regierung nicht gepaßt habe, mit Waffengewalt zu unterdrücken. Die französischen Truppen hätten lediglich die Durchführung des von den Deutschen beabsichtigten „Gemezels“ verhindert, und der „Gerechtigkeit zum Siege verhelfen“ wollen. Ach ja, Poincare kennt seine Leute und weiß, daß in den Kreisen der „Ere Nouvelle“ und „Deuxième“ das Düsseldorf Abenteuer recht ungut aufgenommen worden ist. So hing er also gestern der Sache ein Mäntelchen um, dessen Gebrauch in der französischen Rheinpolitik seit Jahrhunderten bekannt ist. Bei dem, was Poincare über den Abbruch des passiven Widerstandes und die weiteren Beziehungen zu Deutschland gesagt hat, muß man unwillkürlich an die Schlussworte der gestrigen Kanzlerrede denken, wenn Frankreich wirklich Verständigung haben wollte, so komme die Verständigung. Von einem wirklichen Verständigungswillen ist aber in diesen Ausführungen noch nichts zu spüren. Was das Verhältnis zu England angeht, das seit dem Bekanntwerden der Curzonrede der Londoner Reichskaufmannschaft zum mindesten in der Öffentlichkeit ein recht gespanntes ist, so ist Poincare diesmal mit recht scharfen Worten auch hierauf eingegangen. Auf die in letzter Zeit sich immer deutlicher hörbar machende Klage aus England, daß der Versailler Vertrag undurchführbar sei und unbedingt einer Revision bedürfe, fragte Poincare geradezu offiziell an, warum England denn dann erst den Vertrag mit unterzeichnet und wesentliche Teile desselben mit abgefaßt habe. Man solle meinen, es werde daraufhin wohl auch England nichts übrig bleiben, als jetzt einmal in ganz scharfer und eindeutiger Weise seine Stellung zur Entschädigungs- und Ruhrfrage zu umreißen und die Folgerungen in seiner politischen Haltung daraus zu ziehen. Aber freilich, man kann in London allerhand, bald so, bald so...

Wieder eine Ablehnung.

Poincares Entscheidung.

Paris, 10. Okt. Zu der Demarche, die heute vormittag der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat von Hösch, am Quai d'Orsay unternommen hat, schreibt der „Temps“: Der Ministerpräsident hat geantwortet, daß die Einstellung des passiven Widerstandes einfach zu lokalen Abkommen zwischen den alliierten Behörden und den Bewohnern der besetzten Gebiete führen müsse. Es sei nicht angebracht, diese Abkommen mit Verhandlungen mit der Regierung zu vermengen. An Ort und Stelle werde man die Einstellung des Widerstandes feststellen. Diese Antwort behindere keineswegs die Verhandlungen, die später zwischen sämtlichen Alliierten und Deutschland eröffnet werden könnten, wenn der Widerstand aufgehört und die deutsche Regierung einen Zahlungsvorschlag gemacht habe.

Brüssel, 10. Okt. Die Agence Belge meldet: Der deutsche Geschäftsträger hatte gestern Vormittag eine Unterredung

mit dem Minister des Äußern, Jaspar, dem er mitgeteilt haben soll, das Deutsche Reich wünsche bei der Wiederaufnahme der Tätigkeit im Ruhrgebiet mitzuarbeiten und wieder auf Reparationskonto Kohlen zu liefern. Das Reich wünsche ferner den Zusammentritt von deutschen, französischen und belgischen Delegierten zur Regelung der Frage. Jaspar soll dem deutschen Geschäftsträger erklärt haben, er werde sich mit der französischen Regierung in Verbindung setzen. Auf jeden Fall aber müsse das Reich den zur Lieferung von Brennstoffen bereiten Industriellen versprechen, daß es diese bezahlen werde, und ferner den deutschen Eisenbahnern befehlen, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen.

*

Diese Ankündigungen sind von einer ungeheuren Tragweite. Sie sind ein Schlag ins Gesicht der deutschen Regierung und sie enthüllen mit frivoler Offenheit die weiteren Pläne der französischen Politik, setzen sich nebenbei auch über die Pariser Abrede mit Baldwin rücksichtslos hinweg. Sie legen endlich klar, welche großen taktischen Fehler die öfter genannten Ruhrindustriellen gemacht haben, als sie von sich aus in unmitelbare persönliche Verhandlungen mit General Degoutte eintraten. Man kann es verstehen, daß sie, nachdem einmal der passive Widerstand abgeklappt war und die Geldzuschüsse des Reichs vor dem Ende standen, ihrerseits im eigenen Interesse wie in dem ihrer Arbeiter und Angestellten die größte Eile hatten, die Werke wieder in Gang zu bringen. Sie werden sich auch gegen den Vorwurf der Eigenmächtigkeit mit dem Einwand decken, daß sie von Berlin aus im Stich gelassen worden seien, da man dort zwar den passiven Widerstand absagte, dann aber Tag um Tag verstreichen ließ, ohne daß positive praktische Schritte zur Ergänzung des noch zunächst rein negativen Entschlusses nachfolgten. Die sehr unzeitgemäße innere Krise hat hier in der Tat verhängnisvolle Nebenwirkung ausgeübt. Aber dies alles zugegeben, es zeigt eben jetzt doch, daß, was sie taten, den Franzosen Wasser auf ihre Mühle war. Sie haben die dargebotene Hand benützt, ein Stück des Programms zu verwirklichen, dem sie mit unheimlicher Folgerichtigkeit zustreben, der Annexion. Was die Ag.-Havas im Namen ihres Ministers der Öffentlichkeit mitteilt, ist nicht mehr und nicht weniger, als daß Poincare der deutschen Regierung die Türe des Ruhr- und Rheingebiets vor der Nase zuschlägt. Die deutsche Staatsgewalt ist völlig ausgeschaltet — eine ungeheuerliche Beleidigung zum höhnischen Dank für den Willen zur Verständigung, eine abermalige brutale Hinwegführung über Recht und Vertrag, aber — haarfährig genau in die Linie passend, die Poincare in Paris Baldwin gegenüber abgeleugnet haben soll. Noch am Samstag hat der Reichskanzler im Reichstag unter stürmischem Beifall in den Saal gerufen: „Unser ist der Boden, unser ist das Land und unser ist die Hoheit in diesem Lande. Das ist, das bleibt stehen und das soll in alle Zukunft so bleiben.“ Was nach der Ag.-Havas der Volksratsrat v. Hösch von Poincare zu hören bekommen wird, ist die schroffste Kriegserklärung gegen dieses deutsche Programm.

Mussolini ist sehr glücklich.

Paris, 5. Okt. Mussolini erklärte einem Vertreter des „Echo de Paris“ über die französische Politik gegenüber Deutschland: Frankreich hat an der Ruhr einen anstrengbaren moralischen Sieg (!) davongetragen. „Ich bin sehr glücklich über dieses Ergebnis.“ Ich habe immer die Rücksichtigkeit des Widerstandes angezeigt. Die Deutschen glaubten an eine Intervention. Von wem? Von Rußland? Es ist unfähig, sich außerhalb seiner Grenzen zu schlagen! Von Amerika oder England? Das Deutschland, das kein Heer besitze, hat weder Grund noch Mittel, zu widerstehen. Man widersteht nur, wenn man stark ist. Was die Entschädigungszahlungen anbelangt, so hat sich mein Standpunkt nicht geändert. Dieses Problem ist eng verbunden mit der Frage der Schuldenregelung. Wir können uns Deutschland gegenüber nur in dem Maße großmütig zeigen, in dem unsere Gläubiger es mit uns sind. Jeder andere Standpunkt wäre unannehmbar. Eine Aufhebung oder eine wesentliche Herabsetzung unserer Schulden kann allgemein eine Herabsetzung der deutschen Schulden nach sich ziehen.

Der Dank für die Politik Dr. Wirths.

Frankfurt, 5. Okt. Die „Frk. Zig.“ meldet aus Paris: Der Brüsseler Korrespondent des „Temps“ will von einer hochgestellten Persönlichkeit folgendes über die deutsche Ministerkrisis erfahren haben: Anstatt daß Stresemann der einfachen und geraden Linie der Unterwerfung unter die Verpflichtung des Vertrages gefolgt sei, habe er mit Finesse gearbeitet. Er habe vielleicht geglaubt, die Zurückziehung der Bestimmungen über den passiven Widerstand würde genügen, um Belgien zufriedenzustellen und um den Charakter der Besetzung sowie die allgemeine Haltung abzuändern. Er habe sich schwer getäuscht. Man sei durch die Erfahrung gewöhnt und vergesse nicht das Beispiel des Reichskanzlers Wirth, den alle alliierten Regierungen wie man jetzt zugestehen müsse, zu Unrecht unterstützt hätten, und der dadurch daß er alles in die Länge gezogen habe, mit den Alliierten gespielt hätte. Davon käme übrigens auch eine Menge augenblicklicher Schwierigkeiten. Man werde deshalb vom Deutschen Reich die glatte Unterwerfung verlangen, und nichts könne die Franzosen und Belgier abhalten, in ihrer Aktion bis zum Ende zu gehen. Wenn Stresemann verschwinde, werde eine andere folgen, dann ein zweiter oder dritter. Der Berichterstatter fügt hinzu, auch in Brüssel glaube man, daß man erst nach ziemlich langer Frist in den besetzten Gebieten zu einer mehr oder weniger normalen Lage zurückkehren könne.

Frankreich, das besetzte Rheinland und der Vatikan.

Rom, 6. Okt. Die Agentur Volta berichtet, daß der französische General Castelnau auch die Mission erfüllt habe, den Vatikan darauf aufmerksam zu machen, daß Frankreich es begrüßen würde, wenn die bisher von der katholischen Kirche gelübte Neutralität in den besetzten Rheinländern

eine Aenderung, wenn auch nur insofern erfahren würde, daß der Vatikan die provisorische Besetzung dieser Gebiete durch Frankreich zur Kenntnis nehmen wollte. Castelnau diesbezügliche Bemühungen, die hauptsächlich darauf abzielten, die Katholiken der Rheinlande nicht mehr der Kölner Diözese unterstellt zu sehen, sind nach den Berichten der angegebenen Agentur vollkommen gescheitert.

Englische Urteile über Deutschlands Lage.

London, 5. Okt. „Daily Chronicle“ schreibt, die Zentralregierung in Deutschland breche zusammen. Die Republik kämpfe um ihren Bestand und die Lage der parlamentarischen Regierung könnten gefährdet sein. Dies berühre das gesamte Leben Europas. Die britischen Minister hätten bis jetzt nichts getan. Der britische Einfluß sei so gesunken, daß niemand in Europa ein Interesse daran habe, was die britische Regierung sage. Das Blatt schließt: Großbritannien ist stumm, während die Tragödie in Europa sich abspielt. Der „Temps“ zufolge ist die Kritik an der Haltung Englands im Wachsen. Die britische Regierung versuche, eine unmögliche Stellungnahme aufrecht zu erhalten. Die Hoffnungen auf die freundschaftlichen Beziehungen zum französischen Ministerpräsidenten hätten noch in keiner Weise zur Lösung der strittigen Fragen geführt. Europa werde in ein Chaos fallen und vonseiten Englands werde nicht der geringste Versuch gemacht durch seinen alten unabhängigen Einfluß diese Entwicklung aufzuhalten.

Amerikanische Wirtschaftshilfe?

Berlin, 9. Okt. In der letzten Zeit sind verschiedentlich Gerüchte über Verhandlungen mit amerikanischen Regierungsstellen und auch Finanzkreisen über eine Beteiligung an der deutschen Währungsbank in der Presse erschienen. Es besteht wohl kaum ein Zweifel darüber, daß das offizielle Amerika nach wie vor aus seiner Reserve nicht heraustreten wird. Tatsache ist dagegen, daß amerikanische Bankgruppen Interesse für die deutsche Währungsbank gezeigt haben und daß Aussicht besteht, die Verhandlungen über eine Beteiligung dieser Gruppen zu einem befriedigenden Abschluß zu führen. Ebenso schweben noch aussichtsreiche Verhandlungen mit anderen ausländischen Finanzkreisen, die zum Ziele haben, große Warenkredite, ähnlich den seinerzeit mit Holland abgeschlossenen, zu erreichen.

Ein französisches Gibraltar an der Ostsee.

Frankreich will nicht den Fehler Napoleons begehen, als er es einst unterließ, ein starkes Polen zu schaffen; die Abfahrt Polen und Danzig zu vereinigen, wurde indes durch Englands Einfluß durchkreuzt und Frankreich sucht nun, um sich die militärische Vorherrschaft in Zentraleuropa zu sichern, mittels Polen eine starke militärische Basis an der Ostsee zu schaffen. Napoleon hatte schon mit scharfem Blick die große strategische Bedeutung Danzigs erkannt und es als das Bollwerk Frankreichs bezeichnet. Vor einem Jahr erschien in der „Action Francaise“, dem Organ der nationalistischen Militärpartei ein Artikel, der ganz offen eine durchgreifende Umwandlung Danzigs in einen strategischen Hafen im Dienste Polens und Frankreichs forderte. Es ist schon viel geschehen, um diesen Wunsch in Erfüllung gehen zu lassen, Dank der Geschicklichkeit der französischen Diplomatie, trotz des Friedensvertrages. So hat Polen ein Munitionslager inmitten des Hafens, einen Kai für polnische Kriegsschiffe, sowie Naphtatanks der früheren deutschen Marine erhalten. Und weitgehende Maßnahmen sind in der Danziger Bucht getroffen. Mit französischem Kapital sind die Marinehäfen von Gdingen und Puzig erweitert und auf der Halbinsel Helg hat man eine Eisenbahn gebaut. Seit 1921 haben zahlreiche Schiffe Manöver in der Danziger Bucht abgehalten und Danzig und polnische Häfen sind besetzt worden, so daß Frankreich tatsächlich eine Marinebasis dort zur Verfügung hat, die besonders für Unterseeboote geeignet ist und im Falle eines Krieges einen Flankenangriff auf die Ostsee gestattet.

Kurz der Freistaat Danzig, der dem Friedensvertrag nach eine friedliche, internationale Handelsstadt zu sein wünscht, wird ernstlich durch den französischen Imperialismus und Militarismus bedroht.

Englands Luftwaffen.

London beginnt sich gegen einen französischen Fliegerangriff zu schützen. Nach einer Mitteilung des Daily Express sind ganz neue elektrische Warnungsapparate von höchster Empfindlichkeit konstruiert worden, die das Herannahen von Luftfahrzeugen auf große Entfernung wahrnehmen und melden können. Die Apparate, deren Konstruktion natürlich geheim gehalten wird, hat man jetzt planmäßig in den Schutz der Hauptstadt gestellt. London ist jetzt durch sieben verschiedene Abwehrzonen geschützt. Im äußersten Gürtel haben die erwähnten Warnungsapparate Aufstellung gefunden. Daran schließt sich eine Zone mit Scheinwerfern, und daran kommt eine solche mit Flugzeugpatrouillen. Die nächste Zone enthält die Abwehrgeschütze, dann folgt wieder ein Ring von Scheinwerfern, dann abermals Geschütze und wiederum Scheinwerfer. So schützt London sich gegen den einstigen Verbündeten an der anderen Seite des Kanals, den man heute auch in England erheblich besser kennt als vor neun Jahren.

Deutschland unter feindlicher Kontrolle.

London, 10. Okt. Zur Note der Botschafterkonferenz über die Wiederaufnahme der Tätigkeit der alliierten Kommission zur Kontrolle der Entwaffnung Deutschlands wird nach Mitteilung des Reuterschen Büros hingewiesen, daß während der letzten Monate so gut wie keine Kontrollen stattgefunden habe, und es wird angenommen, daß diese Note Deutschland gegenüber zum Ausdruck gebracht wird, und daß die Kommission ihre Tätigkeit in Deutschland jetzt wieder beginnen wird. Es sei bekannt, welche Bedeutung ihr zuzusprechen sei.

Der lauernde Däne.

Wie bitter notwendig es ist, über das beklagenswerte Parteitreiben hinweg das deutsche Vaterland zu retten, lehren bezeichnende Stimmen aus den Nachbarstaaten, abgesehen natürlich von Frankreich, über dessen großzügige Raubabsicht ja

wohl nirgends in Deutschland mehr ein Zweifel besteht. In der Nordgrenze des Reiches liegt ebenfalls ein fassbar bekannter Gefelle auf der Lauer, um gegebenenfalls auf deutschem Boden zu räubern. Es ist der langjährige Führer der dänischen Nordschleswiger, Hanssen. Der bereits an Dänemark gefallene Teil Schleswigs ist seinem Ehrgeiz zu klein; er rechnet mit einem Bürgerkrieg mit fortschreitender innerer Auflösung und schließlich mit einem Zusammenbruch Deutschlands und scheint willens zu sein, sich auf solche Möglichkeiten dadurch einzustellen, daß er auf Entfaltung einer separatistischen Bewegung im deutschgebliebenen Teile Schleswigs — parallel der Taktik der rheinischen Sonderbündler — hinarbeitet. Es ist nicht zu übersehen, daß die französische Propaganda neuerdings auch in Dänemark mit Hochdruck arbeitet, zum mindesten also verwirrende Quertreibereien im deutschen Nordschleswig anheben könnte. Nationaldeutsche Geslossenheit ist also überragendes Erfordernis der überaus ersten Lage. Am Westen und Osten, im Süden und Norden würden im Falle eines deutschen Bürgerkrieges die Maschinerie heranrücken.

Spanien unter der Militärdiktatur.
Madrid, 8. Okt. Die Blätter veröffentlichen eine programmatische Erklärung des Militär-Direktoriums, in der es heißt: Das Direktorium treibt keine Parteipolitik. Es handelt lediglich im öffentlichen Interesse und vermeidet eine radikale Maßnahme wie die Auflösung des permanenten Teiles des Senats (Anmerkung der Redaktion: erbliche Senatoren, auf Lebenszeit ernannt und solche, die auf Grund ihres Amtes Sitz und Stimme haben), die eine Verfassungsänderung bedingt. Es beabsichtigt nicht, selbst die Verfolgung politischer Persönlichkeiten zu unternehmen, sondern nur das Anlagematerial zu sammeln und dem Gericht zur Verfolgung zu übergeben. Das Direktorium spricht seine Verteidigung aus über die Haltung der Arbeiterbevölkerung, die die Produktion gesteigert habe, und schließt mit der Versicherung, daß es die öffentliche Ordnung gewährleisten und die Gesetze strikte anwenden werde. Die Mehrzahl der Blätter verlangt, nach wie vor die Abschaffung des permanenten Teiles des Senats.

Die neue Regierung Spaniens deutschfreundlich?
Nach einer Meldung des „Matin“ hat der geflüchtete frühere spanische Außenminister Albe einem Korrespondenten des „Matin“ in einer Unterredung u. a. gesagt, daß Frankreich keinen Grund habe, sich über die Neugestaltung der Dinge in Spanien zu freuen, da alle der ihr anhängenden Kreise deutschfreundlich seien und während des Krieges aus ihrer Deutschfreundlichkeit keinen Hehl gemacht haben. „Matin“ bringt die Meldung über das Interview unter einer entsprechenden Überschrift, woraus hervorgeht, daß das Blatt in dieser Äußerung Albe den wichtigsten Punkt dieser Unterredung erblickt. So sehr man in dieser Hinsicht vor übertriebenen Hoffnungen in Deutschland warnen muß, da einmal der Exminister die neuen Machthaber in Spanien naturgemäß in den Augen zu diskreditieren sucht und andererseits der „Matin“ über jeden Schein von Deutschfreundlichkeit in irgend einem Staat immer in hysterische Ekstase zu geraten pflegt, so erscheint es für die deutsche Außenpolitik doch angezeigt, die Entwicklung der spanischen Politik aufmerksam zu verfolgen und zu versuchen, uns in Spanien das anerkanntswürdige im Krieg seine Neutralität unter schwierigsten Verhältnissen aufrecht hielt, einen Freund zu schaffen, deren wir so wenige haben.

Baden.

Gegen die Betriebssteuer.

Karlsruhe, 9. Okt. In der letzten Woche hier abgehaltenen Versammlung des Direktoriums des Verbandes südwestdeutscher Industrieller fanden eingehende Beratungen über das Betriebssteuergesetz statt. In einer Entschließung wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Betriebssteuer in ihrer jetzigen Form von der badischen und südwestdeutschen Industrie auf die Dauer nicht getragen werden könne, zumal bei den weiten Entfernungen von den Rohstoffzentren und den Seehäfen die Rohstoffe und Halbfabrikate auf dem Schienenweg fast durch ganz Deutschland zu ungeheuren Frachten bezogen werden müssen. Es wird deshalb auf das dringendste die sofortige Aufhebung des Betriebssteuergesetzes oder eine Milderung und Milderung seiner Bestimmungen gefordert.

Starke Zunahme der Banken in Baden.

pa Karlsruhe, 9. Okt. Nach einer Umfrage des Statistischen Landesamts betrug die Zahl sämtlicher Bankunternehmen (selbständige Banken, Zweigniederlassungen, Filialen, Depositenkassen, Wechselstuben usw.) am 1. September d. Js. insgesamt 259. Selbständige Banken, die ihren Hauptsitz in Baden haben, waren 68 vorhanden. Als größte und wichtigste wären die Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft mit dem ausgedehnten Filialnetz (60 Niederlassungen), die Rheinische Kreditbank mit 38, die Landwirtschaftsbank mit 33, die Badische Bauernbank mit 19 Niederlassungen zu erwähnen. Die beiden Großbanken Beit L. Hamburger und Strauß und Co., beide mit dem Sitz in Karlsruhe, verfügen über keine weiteren Zweigstellen. 11 außerbadische Banken mit dem Hauptsitz in Berlin, Hamburg, Frankfurt, Stuttgart und Heilbronn besitzen in unserem Lande zusammen 27 Niederlassungen, wovon vier den Charakter einer Großbank tragen. Diese 259 Bankunternehmen verteilen sich auf insgesamt 80 Gemeinden.

Landesversammlung des Volkskirchenbundes.

Die in Karlsruhe abgehaltene Landesversammlung des Bad. Volkskirchenbundes hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. In seinem Vortrag über den evangelischen Sozialismus als Bewegung betonte Dr. Dietrich, daß man „religiös“ nicht für „evangelisch“ sehen dürfe. Es sei heute die Aufgabe, die Glieder der Evang. Kirche zu sammeln, die nach einer neuen Welt- und Lebensauffassung streben und von einer Auseinandersetzung zwischen positiv und liberal nichts wissen wollen, wie das der Volkskirchenbund tue. Pfarrer Löw von Kiesel

referierte über die finanzielle Lage der badischen Landeskirche sowie über die letzte Landessynode. Pf. Eckert von Meersburg hielt einen gedankenreichen und anregenden Vortrag über seine Programmpunkte. Das Gegenreferat erstattete in eindrucksvoller Weise Universitätsprofessor Dr. Ehrenberg von Heidelberg. Eine Aussprache fand nicht statt. Dafür stimmte die Versammlung das Lutherlied „Ein feste Burg ist unser Gott“ an.

Aus der badischen alt-katholischen Landessynode.

Der Landessynodalrat hielt am 3. Oktober in Mannheim eine Besprechung mit dem Ausschuß der bad. alt-kath. Landeskirchensteuervertretung über die wirtschaftlichen Notstandsmaßnahmen. Es wurde beschlossen, zum Ausgleich für den durch die verspätete Einziehung der Landeskirchensteuer für 1922 völlig entwerteten Steuerertrag ein einmaliges Kirchenopfer im ersten Sonntagsgottesdienst im November in allen badischen alt-katholischen Gemeinden zu erheben. Der Kirchensteuervollzug für 1923 wird wieder von den Gemeinden selbst übernommen. Die Forderung des Landessynodalrates, für 1923 den 100 000-fachen Betrag der Landeskirchensteuer von 1922 zu erheben und die Erhebung dieses Betrages eventl. zu wiederholen, wurde vom Steuerauschuß angenommen. Zur Deckung der örtlichen Kirchenbedürfnisse werden die Gemeinden ermächtigt, ohne besondere Ausstellung eines Voranschlages ein Mehrfaches der Ortskirchensteuer von 1922 zu erheben. Der Landessynodalrat wird außerdem eine freiwillige Geldsammlung in allen Gemeinden veranlassen zur Schaffung eines Goldmarknotfonds zur Sicherstellung der Gehälter der Geistlichen für den Bedarfsfall.

Aus Nah und Fern.

* **Sinsheim, 11. Okt.** (Bürgerausschuß.) In seiner gestrigen Sitzung genehmigte der Bürgerausschuß die Erhebung eines weiteren Zuschlages von 2 Prozent zur Grunderwerbssteuer.

* **Sinsheim, 11. Okt.** (Erhöhte Post- und Bahngebühren.) Am 10. Oktober trat eine Erhöhung der Postgebühren ein. Der neue Tarif ist in heutiger Nummer enthalten. Eine Erhöhung der Fernsprech- und Telegrammgebühren trat am 12. Oktober (Freitag) ein. Gewöhnliche Telegramme im Fernverkehr kosten 16 Millionen Grundgebühr und 8 Millionen Wortgebühr. Für Ortsgespräche werden 10 Millionen berechnet. Die anderen Gebührensätze erhöhen sich entsprechend. — Die Schlüsselzahl im Personenverkehr wird ab 13. Oktober 120 und im Güterverkehr 350 Millionen betragen, das ist im ersten Fall das Doppelte, im letzteren das fünffache des bisherigen Satzes.

* **Sinsheim, 11. Okt.** (5- und 10-Milliardenscheine.) Wie die „B. Z.“ von der Reichsbank erfährt, befinden sich neue Reichsbanknoten zu 5 und 10 Milliarden in Vorbereitung. Sie werden zurzeit schon gedruckt. Die neuen Scheine werden mit kleinen Abweichungen in der Art der 100 Millionen Scheine auf geformtem Rand und mit groß ausgedruckter Wertziffer erscheinen.

* **Sinsheim, 11. Okt.** (Biersteuererhöhung.) Vom 5. Oktober an wurde die Biersteuer abermals erhöht (um etwa 30 v. H.). Mit dieser Steuererhöhung ist unter Umständen eine Nachsteuerpflicht für Wirte und Bierhändler verbunden.

* **Sinsheim, 11. Okt.** (Erlaubter Devisenbesitz.) Die Maßnahmen zur Devisenerfassung haben vielfach zu der Befürchtung Anlaß gegeben, daß die aus dem Ausland in ausländischer Valuta an deutsche Hilfsbedürftige eingehenden Unterstützungsbeträge der Beschlagnahme verfallen würden. Diese Befürchtungen sind völlig unbegründet. Gemäß § 1 Abs. 4 der Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über die Devisenerfassung kann die Ablieferung von Unterstützungsbeträgen oder von Beträgen in ausländischer Valuta, die in Erfüllung einer sittlichen Pflicht überwiesen sind, von dem Kommissar für Devisenerfassung nicht gefordert werden.

* **Sinsheim, 11. Okt.** (Die Schlüsselzahl bei der Einkommensteuer.) Um der Geldentwertung bei den Lohnsteuerabzügen schneller nachkommen zu können, wird vom 1. Oktober ab auch bei der Einkommensteuer für die Berechnung der Abzüge eine Schlüsselzahl eingeführt. Die für die zweite Septemberhälfte in Geltung gewesenen Abzugsbeträge (172 000 Mark für jeden Ehegatten, 1 152 000 Mark für jedes minderjährige Kind und 1 440 000 Mark für Werbungskosten) gelten vom 1. Oktober ab als Grundsumme. Für die 1. Oktoberwoche vom 1. bis 6. ist nun der Multiplikator auf 6 festgesetzt, so daß also die Steuerabzüge das Sechsfache der in der zweiten Septemberhälfte gültigen Ermäßigungen betragen. Für diese Woche also errechnen sich die Steuerabzüge wie folgt: Für jeden Ehegatten 1 036 800 Mark, für jedes minderjährige Kind 6 912 000 Mark und für Werbungskosten 8 640 000 Mark.

* **Sinsheim, 11. Okt.** (Falsche Reichsbahn-Gutscheine.) Von den im September von der Reichsbahndirektion Frankfurt a. M. ausgegebenen Fünfmillionen-Gutscheinen sind Falschstücke im Verkehr, die als plumpe Nachahmungen sofort erkennbar sind. Das Papier der Falschstücke ist einfaches weißes Schreibpapier, ohne jegliches Wasserzeichen.

* **Nedarbischhofshaus, 12. Okt.** (Gemeinderatsitzung.) Aus der Gemeinderatsitzung vom 11. Oktober ist zu erwähnen: Erhoben werden soll eine weitere Gemeindeumlage für das laufende Jahr im 20fachen Betrage des letzten Umlagesatzes. Die Ausschließgebühren und die Gebühren für Benutzung der Gemeindegänge werden neu geregelt und der Entwertung des Geldes angepaßt. Der Beschluß über freie Arztentgelt der hiesigen Ortsarmen bei ärztlicher Behandlung wurde wieder aufgehoben und soll es beim bisherigen Zustand bleiben.

* **Rappennau, 10. Okt.** (Versteigerung.) Gestern fand im Rathaus hier die Versteigerung des den verstorbenen Geschwister Geiger gehörige Anwesens in der Salinentraße, sowie die des Obst- und Gemüsegartens hinter dem Schafhaus, statt. Das Wohnhaus erreichte das Höchstangebot von 14 000 Goldmark, während für den Garten 6800 Goldmark geboten wurden. Der Höchstbietende des ersteren ist Bürgermeist. Engelhardt-Hoffenheim, der des Gartens Alexander Zimmermann von hier. Ein Zuschlag erfolgte nicht, dagegen wurde ein zweiter Versteigerungstermin auf nächsten Mittwoch vor dem Notariat in Sinsheim anberaumt.

* **Rappennau, 12. Okt.** (Segelflug.) Wie noch unerlich sein dürfte, hatte Herr Albert Botsch, Sohn des Herra Fabrikanten Jakob Botsch bei den im vorigen Jahre stattgefundenen Rhönflügen hervorragende Leistungen zu verzeichnen. Auch heuer hat sich Herr Botsch wieder an den Rhönflügen beteiligt. Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet über seine Flugleistungen wie folgt: Die stille Forscherarbeit, die in der Rhön geleistet worden ist, zeitigt ihre Früchte. Nach

Abschluß des offiziellen Wettbewerbs haben sich die noch hier anwesenden Flieger der Lösung des Streckenflug-Problems zugewandt. Schon während der letzten Tage des Wettbewerbs wurden verheißungsvolle Anfänge gemacht, namentlich durch Martens und Hackmök. Der damalige Zwölft-Kilometerflug von Martens stellte eine respektable Leistung dar. Jetzt ist dieser Weltrekord von Botsch auf „Conful“ beträchtlich überboten und damit ein neuer Beweis für die Möglichkeit des motorlosen Reiseflugs geliefert worden.

= **Hüffenhardt, 7. Okt.** (Die Waldjagd) wurde gestern zu 260 Ztr. Weizen und die Feldjagd zu 157 Ztr. Weizen oder ihren Gegenwert versteigert.

* **Karlsruhe, 8. Okt.** (Diebstahl.) In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag brachen mehrere Diebe in das in der Oststadt befindliche Haus einer Studentenverbindung ein und schafften Lebensmittel, mit denen sich das Haus für die Wintermonate eingedeckt hatte, da die Angehörigen der Verbindung im Hause verpflegt werden, im Werte von 20 bis 25 Milliarden fort. Von den Dieben fehlt bis jetzt jede Spur.

* **Freiburg, 4. Okt.** (Verschiedenes.) Auf einen hiesigen Bank erschien vor wenigen Tagen ein Mann aus der Umgegend, der zwei Säcken mit 8000 Mark in Zehnmarkstücken auf den Tisch legte. Er forderte, daß ihm dafür vor einer Entwertung geschätzte Papiere und Papiermarkgeld ausgehändigt würden. Die Bank zahlte ihm für die Goldstücke 100 Milliarden Papiermark und für den größeren Rest für teilsche 100 Milliarden wertbeständige Papiere. — Am Unterjuchungsgefängnis hat sich ein 19jähriger Burche erhängt, der während der Unruhen wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz verhaftet worden war.

Schlüsselzahlen des 12. Oktober.

Bad. Einzelhandel: 180 Mill. M. (Vortag 100 Mill. M.)
Karlsruher Feuerungszahl (mit Bekleidung): Stichtag 8. Oktober: 120 449 647,83 (Vormoche 46 310 801).

Badische Feuerungszahl (ohne Bekleidung): Stichtag 8. Oktober: 101 634 562,81 (Vormoche 41 189 035,62).

Großhandels-Feuerungszahl: Stichtag 9. Oktob.: 307,4 Mill. (Vormoche 84,5 Mill.)

Reichsindexziffer: Stichtag 8. Oktober: 109,1 Mill. M. (Vormoche 40,4 Mill. M.)

Goldzollaufgeld: 10.—12. Oktober 13 699 999 990 Prozent (13.—16. Oktober 24 299 999 900 Prozent).

Goldmark: 1 207 773 810.

Schlüsselzahl des Badischen Gastwirteverbandes: 150 Mill. M.; ¼ Liter neuer Weißwein 60 Mill. M., Rotwein 75 Mill. M.; Essen in Kleinbetrieben 100 Mill. M., in Mittelbetrieben 125 Mill. M.

Eisenbahn: Personentarif 60 Mill. (ab 13. Okt. 120 Mill.), Gütertarife 72 Mill. (ab 13. Okt. 350 Mill.)

Badisches Landestheater: 40 000 000 (für Joseflegenden 100 Mill.)

Schlüsselzahl des Vereins deutscher Zeitungsverleger für Anzeigenaufträge: 200 000.

Schlüsselzahl im Buchdruckgewerbe: ab 11. Oktober 191/2 Millionen.

Buchhändler-Schlüsselzahl: 800 Millionen.

Die Schlüsselzahl für Arzneitarge: für Waren und Gefäße ab 11. Oktober 2 900 000.

Umrechnungssatz für Landabgabe beträgt bis 16. Oktober einschließlich 243 Millionen die Goldmark.

An unsere Leser!

Am Anfang des Monats glauben wir mit dem Betrag von 12 Millionen Mark bei einer Wochenausgabe auskommen zu können. Inzwischen ist die Leistung so sehr fortgeschritten, daß alle Waren um das 6-10fache gestiegen sind. Wir sind infolgedessen gezwungen, auch unsern Bezugspreis für den laufenden Monat entsprechend zu erhöhen und eine Nacherhebung von

50 Millionen Mark

anfangs nächster Woche vorzunehmen. Wir bitten unsere Leser um Einlösung der in den nächsten Tagen vorgelegten Quittungen.

Verlag des Landboten.

Geschäfts-Eröffnung.

Friedrich Palm, Sinsheim

Bahnhofstr. 447

Großes Lager nur prima Qualitäten

sämtlicher

Manufakturwaren, Aussteuer-Artikel
Trikolagen.

Landwirte!

Sie kaufen bei uns zu günstigen Bedingungen:

Dreschmaschinen

Ackergeräte

Erntegeräte

Obstpressen

Obstmöhlen

Schrotmöhlen

Dezimalwaagen

Viehwaagen

Milchzentrifugen

und alle sonstigen landw. Maschinen.

Aktiengesellschaft für Landbau-
maschinen u. elektrische Anlagen

Wiesloch

Schustergasse (hinter dem Freihof).



Wirtschaftliche Rundschau

des „Landboten“

Nach dem Stande vom 10. Oktober 1923. (Nachdruck verboten.)

Allgemeine Lage. Der verheerende Einfluß durch die Besetzung und Abschneidung vom Rheinland und Ruhrgebiet wirkt sich täglich auf allen Gebieten der deutschen Wirtschaft immer mehr aus.

Staatswirtschaft. Das endgültige Ergebnis der Goldanleihe beläuft sich auf 35 Millionen Dollar. Vom 21.—30. September betrug der Fehlbetrag der Reichskasse 39 einh. Billionen Mark, womit sich die schwebende Schuld des Reiches in zehn Tagen verdreifacht hat.

Börse. Die verworrenen innerpolitischen Verhältnisse, sowie die fortgesetzten auswärtigen Ruhestörungen haben am Devisenmarkt eine weitere katastrophale Hausse gebracht, die eine neue sprunghafte Aufwärtsbewegung der Kurse ausländischer Zahlungsmittel bewirkte. Die Flucht aus der Mark setzte mit neuer Heftigkeit ein und auch am Effektenmarkt gingen daher die Kurse sprunghaft in die Höhe.

Handel, Gewerbe und Industrie. Der weitere tiefe Sturz der Mark rief eine starke Steigerung der Preise aller Materialien und Löhne hervor. Dabei verschärfte sich die bestehende Kapital- und Kreditnot, zumal die Reichsbank in der Kreditgewährung immer stärkere Beschränkung sich auferlegt. Diese Ursachen zusammen mit der starken Steuerbelastung tragen dazu bei, daß die Weltmarktpreise auf immer mehr Gebieten erreicht oder überschritten wurden. Täglich mehren sich auch die aus der Industrie eingehenden Klagen über die Unklarheiten, welche durch die Flut von Devisengeldern entstanden sind. — Die Anzahl der neu eröffneten Konkurse sinkt von Monat zu Monat. Im 3. Quartal d. J. sind nur 32 Konkurse eröffnet gegen 110 im 2. Quartal und 175 im 3. Quartal 1922. Bemerkenswert ist, daß der Prozentsatz der mangels Masse abgelehnten Konkursverfahrens erheblich gestiegen ist.

Kohlen. Der Reichswirtschaftsminister hat seinen Einspruch gegen die Kohlenpreiserhöhung ab 1. Oktober aufrecht erhalten. Es werden also die beantragten neuen Preise, sofern sie die Weltmarktpreise überschreiten, nicht bewilligt. — Im ganzen schlesischen Kohlenbergbau wird jetzt wöchentlich eine einmündige Fetterschicht eingelegt.

Holzmarkt. Die Resultate der jüngsten Holzversteigerung in den Forsten zeigten weiteren Aufstiege der Preise, die zuweilen in ihrer Höhe vollkommen kontrastierten mit den derzeitigen Erlösmöglichkeiten für das Schnittmaterial.

Warenmarkt. Der neue Marksturz hat wieder eine gewaltige Preissteigerung für alle Waren gebracht. Die Zahl der Geschäftsteile, denen eine Wiederbeschaffung unmöglich wird, wird immer größer. Auch für die Käufer reichen die Einnahmen nicht mehr hin, die notwendigen Waren zu beschaffen. — Der Reichsrat stimmte der Aufhebung der Zuckerzwangswirtschaft für das neue Erntejahr grundsätzlich zu. Die Zuckerpreise werden von jetzt ab jeden Samstag festgesetzt und Mittwochs gegebenenfalls erhöht oder erniedrigt. — Die Welt-ernte an Baumwolle hatte im Erntejahr 1914—15 einen Höhepunkt mit 28 einh. Mill. Ballen erreicht. Die Ernte des Jahres 1922—23 wird auf gegen 20 Mill. Ballen geschätzt. Die amerikanische Baumwollproduktion sieht nach wie vor weit aus an erster Stelle.

Landwirtschaft. Die Kartoffelernte ist im Gang, zum großen Teil schon beendet und ist mit einer Mittelernte zu rechnen. Im allgemeinen ist wohl reichlicher Ansat von Knollen vorhanden, die jedoch ziemlich klein geblieben sind. Zuckerrüben und Kunkelrübren haben durch die letzten Niederschläge noch gewonnen. Feldmäuse treten fast überall ziemlich zahlreich auf. Die Feldbestellungsarbeiten waren bisher wegen starker Austrocknung des Bodens sehr erschwert. Der letzte Regen hat sehr fördernd gewirkt. In den Weinbergen ist durchschnittlich ein mäßiger Herbst zu erwarten. Der Ertrag der Tabakenernte ist heute etwas größer und die Qualität kräftiger als im Vorjahre. — Die Welt-ernte 1923 beträgt (außer Rußland und

China) auf der nördlichen Halbkugel 822 Mill. dz. Weizen, 295 Mill. dz. Roggen, 241 Mill. dz. Gerste und 511 Mill. dz. Hafer. Das sind die höchsten Ergebnisse in der Nachkriegszeit. Gegenüber dem Vorjahre werden über 70 Mill. dz. Weizen, je 30 Mill. dz. Roggen und Gerste sowie 65 Mill. dz. Hafer mehr erwartet.

Produktenmarkt. Die katastrophale Hausse am Devisenmarkt hat die Getreide- und sonstigen Produktionspreise entsprechend mitgezogen. Die Verkäufer waren recht zurückhaltend. Während am 1. Oktober für Weizen noch durchschnittlich etwa 380 Mill. Mark, für Roggen 340, Gerste 370 und Hafer 330 bezahlt wurden, waren die Preise nach acht Tagen weit über das Doppelte bereits gestiegen.

Biehmarkt. Bei mittelmäßigen Zufuhren und eben solchem Verkehr waren die Preise in der letzten Woche anfangs nachlassend, dann aber wieder anziehend.

Verkehr. Zwischen Berlin und Kairo ist eine direkte Funkverbindung eröffnet worden. — Auf dem Weltfrachtenmarkt macht sich überall ein starkes Ueberangebot an Schiffsraum geltend. — Die Postgebühren werden zum 10. Oktober wieder erhöht. Ein Brief im Fernverkehr kommt auf 5 Mill. Die Personen-garise bei der Bahn werden demnächst auf eine Schlüsselzahl von 60 Millionen, die Gütertarife auf 72 Millionen kommen.

Arbeitsmarkt. Die Arbeitsmarktlage hat eine wesentliche Verschlechterung erfahren. Die Betriebsbeschränkungen und die Betriebsstillegungen nehmen in bedrohlichem Umfang zu. Die Kurzarbeit, deren Umfang ein untrügliches Zeichen für die Lage der deutschen Wirtschaft und für den eigentlichen Stand des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosigkeit ist, hat rapide zugenommen.

Ausland. Der letzte Ausweis der österreichischen Nationalbank stellt eine fortgesetzte Verminderung des Banknoten-umlaufes dar. — Die ungarische Regierung beabsichtigt, eine innere Goldanleihe von 150 bis 250 Millionen Goldkronen auszugeben. — Mit 5 Mill. Goldmark ist in Zürich ein Stinnesunternehmen zur Gründung und zum Ankauf von Zeitungs- und Buchverlagen gegründet worden. — Der Sowjetrußland ist heute nicht mehr die schlechteste Währung Europas. — Amerika rechnet heuer mit einer Jahreserzeugung von 3 Millionen Personen- und Lastkraftwagen.

Neueste amtliche Kurse

vom 10. Oktober 1923.

Table with columns for Anleihen, Bankaktien, Discontokursen, Industrieaktien, Freiverkehrswerte, and Schiffahrtsaktien. Includes entries like 5% Dtsch. Reichsanleihe 500 000 000%, Darmstäd. Bank 3 250 000 000%, etc.

Preise des Mannheimer Schlachtviehmarkts

vom 8. September 1923.

Die Preise verstehen sich per Pfund in 1000.00 Mark.

Für den Schlachtviehmarkt am Montag betrug der Auftrieb: 112 Ochsen, 86 Bullen, 257 Kühe und Kinder, 202 Kälber, 86 Schafe, 273 Schweine. Bezahlt wurde pro Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. Kl. 55—58, 2. Kl. 50—54, 3. Kl. 45—50, 4. Kl. 38—42 Mill. Mk.; Bullen 1. Kl. 52—55, 2. Kl. 48—50, 3. Kl. 35—40 Mill. Mk.; Kühe und Kinder 1. Kl. 55—58, 2. Kl. 50—54, 3. Kl. 45—50, 4. Kl. 38—42, 5. Kl. 35—40 Mill. Mk.; Kälber b 68—72, c 66—68, d 64—66, e 62—64 Mill. Mk.; Schafe a 33—35, b 32—34, c 31—32 Mill. Mk.; Schweine wurden nicht notiert. Für norddeutsches Vieh bester Beschaffenheit wurden Preise über Notiz bezahlt. Marktverlauf: Mit Großvieh lebhaft, ausverkauft; mit Schweinen mittelmäßig, ausverkauft; mit Kälbern langsam ausverkauft.

Der Unterschied zwischen den Marktpreisen und den Stallpreisen wird durch die beim Marktpreis mit berücksichtigten notwendigen Spesen, wie Fracht-, Markt-, Futter-, Versicherungs- und Kommissionsgebühren, Umsatzsteuer usw., ferner den üblichen Gewichtsverlusten erklärt.

Mannheimer Kleinviehmarkt.

Dem Kleinviehmarkt am Donnerstag waren zugeführt: 46 Kälber, 0 Schafe, 27 Schweine, 288 Ferkel und Läufer. Für Ferkel und Läufer wurden 0,5—6 Milliarden pro Stück bezahlt. Marktverlauf: Mit Ferkeln schleppend.

Der Unterschied zwischen den Marktpreisen und den Stallpreisen wird durch die beim Marktpreis mit berücksichtigten notwendigen Spesen, wie Fracht-, Markt-, Futter-, Versicherungs- und Kommissionsgebühren, Umsatzsteuer usw., ferner den üblichen Gewichtsverlusten erklärt.

Offizielle Preise der Mannheimer Produktenbörse

vom 11. Oktober 1923.

Die Preise verstehen sich per 100 kg alles in Milliarden Mark.

Table with columns for Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Weizenmehl, and Raps. Includes entries like Weizen, inländischer 17—19, Weizenkleie 6,0—6,5, etc.

Marktberichte.

Vom Tabakmarkt. Die Ernte ist nun restlos beendet, auch die zurückgebliebenen Felder sind abgeblattet. Die unter Dach hängenden Tabake haben sich in der Berichtswache bei dem günstigen Wetter rasch gebräunt. Der Einkauf in neuen Tabaken wie Sandgruppen und Sandblätter, die zuerst zum Verkauf gelangen, stößt immer noch, da die Pflanze wie allgemein auch hier mit dem Verkauf bei der Marktentwertung selbst bei dementsprechendem Aufgebot ablehnen, da dieses Aufgebot am anderen Tage schon überholt sein kann und der Landwirt zu Neuanschaffung gegenwärtig bei den drängenden Erntearbeiten keine Zeit hat. Deshalb wurden auch nur einige kleine Bestände an Gruppen veräußert, die mit 2 Milliarden Mark pro Zentner bezahlt wurden. In alten Tabaken gaben Pflanze aus der 1922 er Ernte wieder eine Kleinigkeit zu 2,5 Milliarden Mark pro Zentner ab. In Rauchtabaken ist der Verkauf gegenwärtig flott, dagegen stößt der Absatz an Zigarren bei den Fabrikanten, da die Kalkulationspreise zu hoch sind und der Handel nach den großen Bestellungen der letzten Zeit wieder für einige Zeit mit Borräten versehen ist. Der Kleinhandel geht auch nicht mehr so flott wie bei den hohen Preisen, die sich aber noch lange nicht den Wiederbeschaffungspreisen an die Seite stellen lassen. Rippen sind stets gefragt und die Pflanze fordern für überfeuchte 17, für pfälzische 12—13, holländische Cent ab Fabrik los.

Der Zuckergrundpreis ist von der Zuckerverwirtschaftung mit Einverständnis der Berliner amtlichen Stellen zunächst von 1,6 auf 2,856 und weiterhin sogar auf 3 Milliarden, Basis Melis Magdeburg, erhöht worden. Da sich seit der letzten Berechnung auch sämtliche Fabrikationszuschläge, Steuern usw. auf das 3—5fache erhöht haben, sah sich der Groß- und Kleinhandel zwingend genötigt, auch seinerseits eine neuerliche Erhöhung des Zuckerpreises vorzunehmen und zwar kostet das Pfund Kristallzucker in den Einzelhandelsgeschäften für die laufende Woche 68 Millionen, das Pfund Zucker aller übrigen Sorten 69 Millionen. Zur Ausgabe gelangt in dieser Woche 1/2 Pfund pro Kopf.

Evangelischer Gottesdienst.

Sonntag, den 14. Oktober. 20. Sonntag nach Trinitatis. 1/2 10 Uhr: Gottesdienst. Dekan Eifen. 1/2 11 Uhr: Christenlehre. 1 Uhr: Kindergottesdienst. Stadtdiakon Meerwein.

erwarten sei. In der Tat stand es so um ihn, Die Gräfin war seit einer Woche auf Wintersbach und hatte noch nicht ein einziges Wort nach dem Wolfgang gesagt. Ritter fühlte je länger je mehr, daß sich seiner eine furchtbare Aufregung bemächtigte, zumal immer und immer wieder die Nachricht von einer baldigen Verlobung der so heiß Begehrten auftauchte.

So trieb er sich wieder eines Morgens auf einer düsteren Waldschneise, die Löbawisches vom fiskalischen Revier trennte, lässig den rechten Arm auf dem Lauf seiner leichten Büchse gelehnt, herum. Da kam um eine Waldecke ein hochgewachsener junger Mann mit einem hünenhaften, fast olivenfarbigen Gesicht, aus dem melancholische Augen in den Wald hineinblickten. Ein weicher schwarzer Schnurrbart, den er nach Tartarenart lang herabhängend trug, gab seinem Gesicht noch einen ganz besonderen Reiz, wozu das seltsame Kostüm gewiß nicht wenig beitrug. Kein deutscher oder englischer Jäger würde sich so atzgezogen haben, denn der Mann, der jetzt auf ihn zukam, trug enganliegende Hosen von Hirschleder mit langen buntgestickten Samaschen und einem ebenso buntgestickten hirschledernen Koller.

Das konnte nur der zukünftige Bräutigam der Gräfin Löbau sein, und Ritter hielt ihn, um sich zu vergewissern, wie es sein Recht als Forstbeamter war, an.

„Verzeihen Sie, Herr, ich möchte Ihren Jagdschein sehen,“ sagte er in strengem Ton.

„Sehr gern,“ antwortete der Herr in einem leicht wienerrisch klingenden Deutsch und reichte ihm den Paß.

Ritter las den Namen Marquis d'Oliveira aus Verderug.

„Danke, Herr Marquis, darf ich nun noch um Ihren Erlaubnis-Schein bitten, denn wie ich annehme, jagen Sie auf Löbauischem Gebiet, da Sie von mir keine Erlaubnis eingeholt haben?“

„Ganz recht,“ antwortete der Mexikaner und reichte

dem Oberförster auch den von der Gräfin unterzeichneten Erlaubnisschein hin.

Das mußte Ritter genügen, denn es war ihm bekannt, daß bei der Verpachtung an Dreher die gräfliche Forstverwaltung sich das Recht ausbedungen hatte, für die Wintersbacher Rüche ihren Bedarf an Wild selbst abzuschließen. Der Pachtpreis war dementsprechend ermäßigt worden.

Der junge Mann wollte noch etwas sprechen, aber Ritter wandte ihm brutal den Rücken und bog, ohne sich umzusehen, in den königlichen Forst ab.

Der Marquis sah ihm kopfschüttelnd nach und ging dann seines Weges weiter.

Wilde, leidenschaftliche Gedanken durchbrauten den Kopf Ritters. Also einen erösigen Hiebengel hatte sie sich mitgebracht, um ein für allemal seiner Liebe ein Hindernis entgegenzusetzen, und sie wußte doch, daß es für ihn nichts gab, was ihn von ihr getrennt hätte. Sie mußte wissen, daß er skilhn genug war, jedes Hindernis aus dem Weg zu räumen. Es schien ihm sehr nützig, nach Wintersbach zurückzugehen und sich einen solchen Wächter mitzubringen. Aber so sind die Frauen.

Wie hatte er sie geliebt, er war gewissermaßen geblendet gewesen von ihrer Schönheit, und wie hatte sie ihn geliebt. Wieviel tausendmale hatte sie ihm versichert, sie könne es nicht mehr ertragen, in der verhassten Ehe fortzuleben; jedesmal, wenn er den letzten Schritt mit ihr tun wollte, waren ihre küßle Bedenken aufgestiegen.

Was hatte sie dann alles vorgebracht: Du weißt, daß ich nicht leben kann ohne Gesellschaft. Man würde uns ächten, ausstoßen, wollten wir wie zwei Verbrecher bei Nacht und Nebel davongehen, und ich wüßte auch nicht, wovon wir leben sollten. Dein bißchen Vermögen reicht doch nicht aus, zwei Familien zu ernähren.

Als ob er das nötig gehabt hätte, wenn er einfach mit

mit ihr nach Italien, nach der Türkei, nach Aegypten gereist wäre, ohne jemals nach Deutschland zurückzukehren.

Die Sehnsucht würde sie töten, hatte sie da gemeint, und dann war plötzlich das furchtbare geschieden, der Graf war erschossen worden. Erbe des gewaltigen Vermögens war sein zweijähriger Sohn und Besitzerin die Mutter, solange sie lebte. Nun wäre ja alles gut gewesen, nun hätten sie ja leben können, aber nun floh sie vor ihm.

„Ich kann nicht auf Kosten deiner Gattin und deiner süßen Kinder glücklich sein. Wir müssen uns trennen.“

Drei Jahre beinahe waren seitdem vergangen, furchtbare Jahre. Ritter hatte sich betäubt in allen möglichen wilden Drogen, und er hatte geglaubt, das Bild der Gräfin aus seiner Seele verbannen zu haben. Nun war sie zurückgekehrt und mit ihr die alte wilde Leidenschaft, die ihm die Tiefen der Seele aufwühlte, die sein Blut kochen machte, und die ihn Tag und Nacht peinigte. Ruhe war nur bei ihr, das fühlte er.

Und sie, was tat sie? Sie brachte sich einen hübschen Bengel mit, den sie irgendwo aufgegriffen hatte und den sie wahrscheinlich liebte. Falsche elende Weiber! Ob seine Leidenschaft denn so wenig vermochte, ob er nicht dieses Schokoladengesicht im ersten Ansturm auf den Sand setzte, das wollte er doch einmal sehen.

Langsam ging er durch den Wald nach der Oberförsterei zurück. Wie im Traum unterschied er einige Sachen, die ihm sein Sekretär vorlegte, wie im Traum setzte er sich an den gemeinschaftlichen Mittagstisch und zwang einige Bissen hinunter. Dann ging er auf sein Zimmer, streckte sich lang auf den Divan aus und starrte mit den graufamen wilden Augen an die niedere Decke hinauf.

So lag er wenigstens eine Stunde, dann erhob er sich rasch, holte seine beste Uniform und machte sorgfältige Toilette.

„Wo willst du denn hin?“ fragte ihn seine Gattin, als er auf den Hof hinaustrat und anspannen ließ.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Güterrechtsregistereintrag Band I Seite 290: Müller Johannes, Landwirt in Weiler und Katharina geb. Blank. Vertrag vom 19. September 1923: Gütertrennung anstelle der allgemeinen Gütergemeinschaft.

Sinsheim, den 9. Oktober 1923.

Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts.

Die beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu berücksichtigenden Ermäßigungen betragen vom 7. Oktober ds. Js. an das achtfache der Ermäßigungen für die zweite Septemberhälfte.

Sinsheim, den 5. Oktober 1923.

Finanzamt.

Bekanntmachung.

Aufgrund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung betr. die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen vom 26. September 1923.

- Der militärische Ausnahmezustand ist für das Reich verhängt.
- Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123 und 153 der Reichsverfassung sind bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Demzufolge sind Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechtelegraphenwesen, die Anordnung von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen, sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.
- Die vollziehende Gewalt geht auf den Reichswehrminister über.
- Die im Strafgesetzbuch mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen werden mit dem Tode bestraft, wenn sie nach der Verkündung dieser Verordnung begangen sind.
- Die Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Aufgrund dieser Verordnung hat der Reichswehrminister die vollziehende Gewalt im Wehrkreis V dem Generalleutnant Reinhardt für den Bereich dieses Wehrkreises übertragen. Der Wehrkreis V umfasst von Preußen die Provinz Hessen-Nassau, den Regierungsbezirk Erfurt und Hohenzollern, ferner Württemberg, Baden, Hessen, Thüringen und Waldeck.

Hierzu bestimme ich:

- Sämtliche Behörden bleiben in ihrer Tätigkeit. Der Gang der Verwaltung bleibt ungedrungen.
- Von der Bevölkerung erwarte ich, daß sie den etwa erforderlichen Anordnungen unbedingt Folge leistet, jeden Versuch die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören, werde ich unterdrücken.

Der militärische Befehlshaber:

gez. Reinhardt, Generalleutnant

Befehlshaber im Wehrkreis V und Kommandeur der 5. Division.

Bekanntmachung.

Einschränkung der Versammlungsfreiheit.

Im Befehlsbereich des Wehrkreiskommandos V, also auch in Baden, sind alle öffentlichen Versammlungen, Ansammlungen, Umzüge und Aufzüge unter freiem Himmel verboten, ebenso alle öffentlichen Versammlungen in geschlossenen Räumen von der Genehmigung der zuständigen Polizeibehörde abhängig gemacht. Die Polizeibehörden sind angewiesen, gegen jede Handlung, die zum Generalstreik oder zum Bürgerkrieg auffordert, einzuschreiten.

Stuttgart, den 1. Oktober 1923.

Der militärische Befehlshaber:

gez. Reinhardt, Generalleutnant.

Gandwirtschafliche Kr.-W.-Schule Eppingen.

Der Unterrichtsbeginn ist für den Unterkurs auf Montag, den 5. November, für den Oberkurs auf Montag, den 12. November, jeweils vormittags 9 Uhr festgesetzt. Aufnahmealter 16. Lebensjahr. Der Besuch einer Fachschule befreit im darauffolgenden Sommer von dem Besuch der Fortbildungsschule. Anmeldungen werden bis 20. Oktober an den Schulleiter erteilt.



Stempel und Klichees nach Zeichnung oder Photographie in Holzschnitt, Zinkätzung oder Autotypie ausgeführt liefert rasch und billig

G. Becker'sche Buchdruckerei Sinsheim, beim Bahnhof.

Jagd-Verpachtung.

Samstag, den 3. November l. J., nachmittags 1 Uhr wird im Rathaus dahier die Ausübung der Gemeindejagd auf sechs Jahre, 1. Februar 1924 bis 31. Januar 1930 öffentlich verpachtet. Als Bieter werden nur solche Personen zugelassen, die im Besitze eines Jagdpasses sind oder durch ein Zeugnis der zuständigen Behörde nachweisen, daß gegen die Erteilung eines solchen Bedenken nicht obwalten.

Der Entwurf des Jagdpachtvertrages liegt im Rathaus zur Einsicht auf.

Haffelbach, den 8. Oktober 1923.

Bürgermeisteramt: Lepp. Beiz, Rathsch.

Frachtbriefe empfiehlt die Gottlieb Becker'sche Buchdruckerei.



Original „Glato“ Hausbacköfen Backofenherde

Räucher-Apparate, Schreineröfen, Metzgerkessel, Konditor-Backöfen, Waschkessel, Kochherde und Oefen fertigt als Spezialität

L. Boie, Heilbronn a. N. Paulinenstraße 13-17.

Herd- und Ofenfabrik und Vernicklerei.

Glänzende Zeugnisse! Vertreter gesucht. Umtausch. Gelegenheits-Käufe.

WHITE STAR LINE

AMERICAN LINE

REGELMÄSSIGER
PASSAGIERDAMPFER VERKEHR

HAMBURG-NEW YORK

HAMBURG-HALIFAX (CANADA) NEW YORK

in teils Doppelschrauben- und Dreischraubendampfer.

„PITTSBURGH“	16322 t.
„MANCHURIA“	13639 t.
„MONGOLIA“	13639 t.
„CANOPIC“	12267 t.
„MINNEKAHDA“	17221 t.

Hervorragende Einrichtung der Kajüte und dritten Klasse.
Vorzügliche Verpflegung.

Kostenlose Auskunft und Prospekte durch die Passagier-Abteilung der

WHITE STAR LINE

AMERICAN LINE

Hamburg, Alsterdamm 39
oder deren Vertreter:

Hermann Rettig & Co., Heidelberg

Bureau Hauptstrasse 77 (im Hotel Wagner) Telegramm-Adresse: Ponte. Telefon 220.
In Sinsheim a. Els.:
Abraham Seligmann Neben dem Rathaus.

Buzfrau zum sofortigen Eintritt gesucht. Bankhaus Meyer, Sinsheim.

Tausche gut erhaltenes Damen-Kostüm, mittlerer Größe oder Knabenanzug gegen Tafelapfel. Runge, Heidelberg, Anlage 53 b.

Gänselebern kauft und zahlt höchste Goldmarkpreise. Zusendung erbitte durch Eilboten-Paket oder eingeschriebene Warenprobe. Porto wird vergütet. Fa. Wilhelm Kaiser Karlsruhe-Mühlburg Ruitstr. 14 Telefon 2099

Achtung! „Lanz“-Centrifugen liefert preiswert Herm. Reichenperger Vertretungen Mannheim, Eichelsheimerstr. 49

Die neuen Postgebühren

vom 10. Oktober 1923 ab.

Tausend Mk.		Tausend Mk.	
Briefe: im Ortsverkehr bis 20 g	2000	Warenproben:	
20-100 g	3000	bis 100 g	3000
100-250 g	5000	100-250 g	5000
250-500 g	6000	250-500 g	6000
im Fernverkehr bis 20 g	5000	Ausland: für je 50 g 3 000 000 Mk., mindestens 6 000 000 Mk.	
20-100 g	7000	Zahlkarten:	
100-250 g	8000	bis 50 000 000	250
250-500 g	9000	über 50—100 000 000	500
Ausland: bis 20 g 15 000 000 Mk., für je weitere 20 g 7 500 000 Mk. Höchstgewicht 2 kg		100—500 000 000	1000
Die Anlaufgebühren für Brief- und Wertsendungen, Postanweisungen, sowie Pakete gelten auch nach dem Saargebiet (Bächen unzulässig) sowie Danzig und Memel. Die Gebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Litauen und Estland. Bächen nach beiden Ländern nicht zugelassen.		500—1 000 000 000	1500
Ausland: einchl. Ungarn und Tschechoslowakei, jedoch fallen nach diesen Ländern Briefe b. 20g 12 000 000 Mk., je weitere 20 g 7 500 000 Mk.		1 000—2 000 000 000	2000
		2 000—3 000 000 000	2500
		3 000—5 000 000 000	3000
		5 000—7 500 000 000	3500
		7 500—10 000 000 000	4000
		10 000 000 000 Mk. (unbeschr.)	6000
		Für bargeldlos bezahlte Zahlarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 1 Million Mk. für eine Zahlarte.	
		Für Raufenstücke, die bargeldlos bezahlte werden, 1/2 vom Tausend des Scheinbetrages.	
		Für Vorauszahl. mit Postcheck 2 v. Tausend des Scheinbetrages. Höchstbetrag eines Postchecks 50 Milliarden Mark.	
		Postanweisungen:	
		bis 50 Millionen Mk.	1 000
		über 50 Mill. bis 100 Mill.	2 000
		100—500	5 000
		500—1 000	7 000
		1 000—2 000	10 000
		2 000—3 000	12 000
		3 000—5 000	15 000
		5 000—7 500	18 000
		7 500—10 000	20 000
		Sitzstellungsgebühr:	
		Briefe nach dem Ortsbestellbezirk 10 000 000 Mk.	
		Landbestellbez. 30 000 000	
		Pakete „ Ortsbestellbezirk 15 000 000	
		Landbestellbez. 40 000 000	
		Wertbriefe:	
		1. Gebühr für einen gewöhnlichen Brief.	
		2. Einschreibgebühr 5 000 000 Mk.	
		3. Versicherungsgebühr: für je 1 Mill. Mk. 20 000	
		Wertpakete:	
		Paketgebühr wie vorstehend.	
		Einschreibgebühr 5 000 000	
		Für unveriegelte Wertpakete wird die Einschreibgebühr nicht erhoben.	
		Versicherungsgebühr bei versiegelten Wertpaketen für je 1 Million der Wertangabe oder einen Teil davon 20 000 Mk.	
		Telegramme: Gewöhnliche Telegramme nach Orten in Deutschland 6 Million. Mk. Grundgebühr und 3 Million. Mk. Wortgebühr; im Ortsverkehr jedoch 3 000 000 Mk. Grundgebühr und 1 500 000 Mk. für jedes Wort.	
		Einschreiben 5 000 000 Mk.	

Der wahre Wert

eines Seifenpulvers liegt in seiner sachgemäßen Zusammenfassung. — Seifenpulver und Seifenpulver ist ein großer Unterschied! Es liegt auf der Hand, daß minderwertige Erzeugnisse der Wäsche nicht nützlich sind.

Dirin

Hentel's beliebtes Seifenpulver ist ein Seifenpulver von großer Ergiebigkeit u. hervorragender Waschwirkung. Seine Verwendung sichert sorgfältige Behandlung der Wäsche und

billiges Waschen

Tausend Mark			
bis 3 kg	12 000	24 000	24 000
über 3 bis 5 kg	18 000	36 000	36 000
5 " 6 "	21 000	42 000	63 000
6 " 7 "	24 000	48 000	72 000
7 " 8 "	27 000	54 000	81 000
8 " 9 "	30 000	60 000	90 000
9 " 10 "	34 000	68 000	102 000
10 " 11 "	38 000	76 000	114 000
11 " 12 "	42 000	84 000	126 000
12 " 13 "	46 000	92 000	138 000
13 " 14 "	50 000	100 000	150 000
14 " 15 "	55 000	110 000	165 000
15 " 16 "	60 000	120 000	180 000
16 " 17 "	65 000	130 000	195 000
17 " 18 "	70 000	140 000	210 000
18 " 19 "	75 000	150 000	225 000
19 " 20 "	80 000	160 000	240 000